

Unwesen, Schande, Mafia

Zur medialen Darstellung von bettelnden Menschen in Österreich

Ein Kommentar¹ von Martina Kempf-Giefing, Ferdinand Koller und Peter A. Krobath

Warum gibt es in einem Katalog zu einer Ausstellung über Roma einen Beitrag zur medialen Darstellung bettelnder Menschen? Der Großteil der in Österreich lebenden Roma/Romnja ist in den Medien kaum repräsentiert, die Ausnahme sind wenige bekannte Einzelpersonen. Das Thema Betteln jedoch ist in den letzten Jahren permanent in den Medien. Dabei wurden die bettelnden Menschen aus »Osteuropa« so häufig als »Roma«

dargestellt, dass die Begriffe »Bettler« und »Roma« schon fast zu Synonymen geworden sind. Die Ethnisierung dieses sozialen Phänomens ist so stark, dass in einem Medienbericht über »Betteln« das Wort »Roma« gar nicht mehr vorkommen muss. Den LeserInnen ist klar: Bettler sind Roma. Das mediale Bild der BettlerInnen bestimmt das Bild, das die Menschen in Österreich von Roma/Romnja haben.

Häufige Themen in den Medien sind die Debatten um neue Bettelverbote, Bettellizenzen oder bettelfreie Zonen. Auf politischer wie medialer Ebene finden diese ohne Miteinbeziehung bettelnder Menschen statt. Diese werden lediglich als Problem dargestellt und darauf reduziert, ein Störfaktor zu sein, den es auf die eine oder andere Weise zu beseitigen gilt. Von den Boulevardzeitungen werden sie zudem als kriminell, betrügerisch und lästig und somit als Bedrohung für die Bevölkerung inszeniert. »Weg mit der »Bettelmafia!« lautet der Appell an die PolitikerInnen in den Schlagzeilen.²

Die Ursachen gesellschaftlich produzierter Ungleichheit werden hingegen nicht angesprochen. Ebenso wenig kommen die Konsequenzen vor, die neue Verbote oder Verschärfungen für die bettelnden Menschen haben. Die praktische Umsetzung bereits bestehender Bettelverbote wird wenig thematisiert, obwohl es jährlich tausende Strafen gibt, die die Rechte bettelnder Menschen verletzen.³ Eine kritische Auseinandersetzung mit der rechtlich bedenklichen, polizeilichen Praxis findet in den Medien nur auf Initiative von Gruppierungen statt, die sich für die Abschaffung von Bettelverboten einsetzen.⁴ Die wenigen Fakten, die es in diesem Zusammenhang in die Öffentlichkeit schaffen, werden wiederum gegen bettelnde Menschen verwendet: Die Zahl der Anzeigen wird immer wieder herangezogen, um zu zeigen, wie groß das Problem sei und um wiederum Verschärfungen oder neue Verbote zu fordern.⁵ Eine Strafe gegen einen Bettler in der Höhe von 400 Euro wurde in einem Artikel skandalisiert, nicht etwa weil sie übertrieben hoch ist, sondern weil der Bettler die Strafe bezahlt hat, was wieder als Indiz für die »Bettelmafia« dargestellt wurde.⁶

Einzelne Konfliktfälle oder Fehlverhalten werden detailreich ausgeschmückt und verallgemeinernd der ganzen »Gruppe der Bettler« zugeschrieben. Ein Beispiel ist ein Bericht über einen »Bettler«, der einen Polizisten attackiert haben soll. Der Vorfall zeigt laut Österreich: »Die Methoden der Bettler werden immer brutaler.«⁷

Wird die Wohnsituation bettelnder Menschen thematisiert, suggerieren pejorative Ausdrücke wie »hausen«, dass die BewohnerInnen zumindest eine Mitschuld an den »menschenunwürdigen Zuständen«⁸ hätten. Die Verhältnisse in diesen »elenden Quartieren«⁹ entsprechen zwar meist nicht den gängigen Standards, sie werden jedoch von den Medien skandalisiert. Berichtet wird nach dem Motto »Das ist eine Schande, so etwas darf es doch bei uns nicht geben«. Die Gründe, warum relativ viel Geld für eine schlechte Unterkunft bezahlt wird, werden nur selten thematisiert: Armutsbetroffene Menschen aus anderen Ländern haben am Wohnungsmarkt wenig Chancen.

Betroffene kommen nicht zu Wort

WissenschaftlerInnen, die zu Migration von BettlerInnen oder zur rechtlichen Beurteilung von Bettelverboten gearbeitet und publiziert haben, kommen nur in Ausnahmen zu Wort.¹⁰ Der Diskurs ist – nicht zuletzt dadurch – weit von nachvollziehbaren Fakten entfernt. Als ExpertInnen und SprecherInnen treten Personen auf, die ein bestimmtes politisches Interesse verfolgen: Der öffentliche Konsumraum und touristisch attraktive Orte sollen durch die Anwesenheit von bettelnden Menschen nicht »verschandelt« werden. Die Polizei fokussiert in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf Extremfälle und macht der Bevölkerung über die Medien Angst vor bettelnden Menschen und legitimiert damit ihr restriktives Handeln. Begriffe wie »Bettelmafia« oder »organisiertes Betteln« werden von der Polizei unkritisch und verallgemeinernd verwendet.

Die bettelnden Menschen selbst kommen in den Medien nur in Ausnahmefällen zu Wort. AnrainerInnen, die etwa in der Nähe von sogenannten »Elendsquartieren« wohnen, kommen demgegenüber häufig vor. Ihre Aussagen bekommen in Berichten viel Platz und werden nicht kritisch hinterfragt. So wird ein Anrainer aus Wien-Ottakring, der als Lesereporter für den *Kurier* ein »Massenquartier« aufdeckte, zur Informationsquelle über die Zustände in diesem Haus.¹¹ Woher er denn weiß, dass die Leute hunderte Euro Miete bezahlen und dass es sich um die »Bettelmafia« handele, fragt ihn niemand. In Fernsehberichten zum Thema erhalten die NachbarInnen solcher Wohnungen die Möglichkeit, die Aussagen der »BettlerInnen« zu kommentieren und zu widerlegen, umgekehrt haben die »BettlerInnen« diese Möglichkeit nicht.¹²

Kriminalisierung durch Sprache

Die Kriminalisierung der Bettelnden wird in den Medienbeiträgen nicht durch Fakten, sondern durch die Sprache geleistet. Wie sehr sprachliche Bilder, Vergleiche

und Verknüpfungen unsere Wahrnehmung beeinflussen können, hat George Lakoff zum Ausdruck gebracht: »Wird in der politischen Debatte eine Metapher über lange Zeit hinweg ständig benutzt und durch die Medien verbreitet, so wird das, was eigentlich eine Metapher ist, in unseren Köpfen zum Common Sense, also zum allgemeinen Verständnis der Situation.«¹³ An den Bildern, die sich in den Köpfen festgesetzt haben, prallen nicht zu diesen Bildern passende Fakten einfach ab. Hierzulande war so oft von einer »Bettelmafia« die Rede, dass es vielen Medien-KonsumentInnen mittlerweile fast unmöglich ist, bettelnde Menschen ohne Verbindung zur organisierten Kriminalität zu denken oder wahrzunehmen.

»Man sieht nur, was man weiß«, lautet eine alte Einsicht zu diesem Phänomen und so sucht und findet sich auch falsches Wissen seine Bestätigung. Jedes Indiz für eine »Organisation«, sei es Kommunikation untereinander, eine Fahrgemeinschaft oder das Einsammeln oder Teilen von Geld¹⁴ ist für jene JournalistInnen und PassantInnen ein Beweis für die mafiöse Struktur, die sie sehen wollen. Für die wenigen anderen sind es normale soziale Interaktionen.

Auffallend sind die teils drastischen, antiquierten und abwertenden Formulierungen: Bettelnde Menschen sind nicht körperlich beeinträchtigt oder behindert, sondern »verkrüppelt«; sie fahren nicht, sie »werden gekarrt«; sie wohnen nicht, sie »hausen«; sie gehören nicht einer Familie an, sondern einem »Clan«; es handelt sich nicht um Gruppen, sondern um »Banden«. Neben der »Bettelmafia« kommt auch das »Bettlerunwesen« in den Schlagzeilen vor, das reicht von »Bettlerunwesen geht es jetzt an den Kragen«¹⁵ bis zu »Runder Tisch zum Bettler-Unwesen«¹⁶. Das »Unwesen« verweist historisch auf den »Unmenschen« und den Teufel und nicht zuletzt auf die »Reichszentrale zur Bekämpfung

Eine detaillierte und umfassende Medienanalyse zu diesem Thema liegt bis dato nicht vor. Die AutorInnen sind seit Jahren bei der *BettelLobbyWien* aktiv und bringen sich auch aktiv in den medialen Diskurs ein. Sie verfügen über eine umfangreiche Sammlung von Zeitungsartikeln zu diesem Thema und haben daraus die dominanten Themen identifiziert und in der Folge in diesem Beitrag kritisch kommentiert.

Kronen Zeitung Steiermark, 4. 9. 2014, S. 14.

Die *BettelLobbyWien* bietet seit 2013 einmal im Monat eine Rechtsberatung für bettelnde Menschen an. Die Strafen, die die Menschen mitbringen, sind zu einem großen Teil rechtswidrig und überhöht, weshalb Rechtsmittel eingebracht werden. Von den bisher entschiedenen Verfahren wurden über 80% zugunsten der Beschuldigten entschieden. Viele können die Beträge von mehreren hundert Euro nicht bezahlen und müssen Ersatzfreiheitsstrafen antreten. Bei Amtshandlungen kommt es außerdem zu Demütigungen durch rechtswidrige Festnahmen und Leibesvisitationen, Drohungen und Beleidigungen. Häufig wird den Betroffenen ihr gesamtes Geld abgenommen.

Dies sind z. B. die *BettelLobbies* in Wien, Tirol und Oberösterreich, die *Plattform für Menschenrechte* in Salzburg oder die *Vinzenzgemeinschaft* in Graz.

Österreich, 21. 9. 2014, S. 21: »Polit-Aufreger: 1.600 Anzeigen gegen Bettler«.

Kronen Zeitung Steiermark, 28. 8. 2014.

Österreich, 11. 11. 2014, S. 10.

Kurier, 3. 7. 2014.

ORF, Am Schauplatz vom 10. 4. 2014 über »Elende Quartiere«.

Z. B. Barbara Weichselbaum: Die Bettelverbote in der Judikatur des VfGH, in: Gerhard Baumgartner (Hg): *Jahrbuch Öffentliches Recht* 2013, Wien 2013, S. 37–75; Heinz Schoibl: »Solange es mir hier, auf der Straße, besser geht als zu Hause, werde ich herkommen und betteln«. *Notreisende und Bettel-MigrantInnen in Salzburg*. Erhebung der Lebens- und Bedarfslagen, Salzburg 2013.

Kurier, 3. 7. 2014.

ORF, Sommergespräch mit Eva Glawischnig, 25. 8. 2014; ORF, Am Schauplatz, wie Anm. 9.

George Lakoff, Elisabeth Wehling: *Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht*, Heidelberg 2008, S. 31.

Die Landesgesetze zu Bettelverboten sehen vor, dass unrechtmäßig erbetteltes Geld für verfallen erklärt werden kann, weshalb die Polizei den BettlerInnen häufig ihr gesamtes Geld wegnimmt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, das Geld zu sichern.

Kronen Zeitung, 19. 4. 2007.

Kronen Zeitung, 2. 6. 2014.

des Zigeunerunwesens« der Nationalsozialisten.¹⁷ Wenig erstaunlich also, dass auch FPÖ-Politiker in einer Presse-Aussendung titeln: »Auch Krems wird vom Bettler-Unwesen heimgesucht«¹⁸.

»Weihnachtsoffensive« und »Bettlerflut«

Die Veranschaulichung von Migration in Bildern von Naturkatastrophen (wie »Heimsuchung« oder »Plage«) ist nicht neu und nicht auf das Thema Betteln beschränkt. Stefan Benedik, Barbara Tiefenbacher und Heidrun Zettelbauer analysierten die Berichterstattung über bettelnde Menschen in den steirischen Medien und zeigten, dass das Bild einer »Bettlerflut« bestimmend ist. Die Folge: »Über eine Naturkatastrophe wie eine Flut kann nicht mehr verhandelt werden, weil ihre negativen Konsequenzen unumstritten sind und nur mehr Gegenmaßnahmen verlangt werden können.«¹⁹ Von den Metaphern der Naturkatastrophe zu denen aus dem Tierreich ist es nicht weit. »Kaum zeigt das Thermometer ein paar Grade über dem Gefrierpunkt an, schwärmen die Bettler aus«²⁰, beginnt zum Beispiel ein Artikel in der *Kronen Zeitung*. Andere Überschriften lauten: »Bettler grasen nun Parkplätze von Supermärkten nach ›Opfern‹ ab!«²¹ oder »Bettelkinder grasen die Außenbezirke ab«²². *Österreich* machte vor kurzem einen neuen ›Trend‹ der Bettelnden aus und schrieb: »Die Bettler springen aus Hauseingängen oder kriechen auf ihre ›Opfer‹ zu.«²³

17

Siehe Definition auf www.redensarten-index.de.

18

Presseaussendung: FP-Höbart, FP-Rosenkranz: Auch Krems wird vom Bettler-Unwesen heimgesucht, APA OTS, 25.3.2013, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20130325_OTS0086/fp-hoebart-fp-rosenkranz-auch-krems-wird-vom-bettler-unwesen-heimgesucht (3.12.2014).

19

Stefan Benedik, Barbara Tiefenbacher, Heidrun Zettelbauer: Die imaginierte ›Bettlerflut‹. Temporäre Migrationen von Roma/Romnija – Konstrukte und Positionen, Klagenfurt/Wien 2013, S. 49.

20

Kronen Zeitung, 2.3.2009.

21

Kronen Zeitung, 4.6.2009.

22

Kronen Zeitung, 23.4.2008.

23

Österreich, 20.11.2014.

24

Österreich, 20.11.2014.

25

Österreich 5.2.2009.

26

Heute Niederösterreich, 19.2.2014.

27

Thomas Feltes: Kommunale Kriminalprävention Studien zur Viktimisierung, Verbrechensfurcht und Polizeibewertung, in: Dölling, Feltes, Heinz u. a.: Kommunale Kriminalprävention – Analysen und Perspektiven. Holzkirchen 2003, S. 5–13.

28

Marc Diebäcker, Elisabeth Hammer: Zur Rolle von Sozialer Arbeit im Staat. Skizzen aus regulationstheoretischer und Foucault'scher Perspektive, in: Kurswechsel 3 (2009), S. 3–10.

29

Der Presserat verurteilte die Krone für die pauschale Diffamierung von bettelnden Menschen, Entscheidung 2014/18 und 27 vom 11.3.2014.

Die den Bettelnden zugeschriebene Aggression scheint dann die Gewaltretorik der JournalistInnen zu steigern und zu legitimieren. In manchen Artikeln wird das Betteln als eine Bedrohung kriegerischen Ausmaßes dargestellt: Neben »Offensive« (»Bettler-Mafia: Weihnachtsoffensive«²⁴) kommen Ausdrücke wie »Belagerung« (»Bettler belagern die City«²⁵), »In Horden einfallen«, »Bettler-Armee«, »Invasion« und »generalstabsmäßig« vor.

Fotos als ›Beweise‹

Berichte über vermeintliche Betrügereien, mafiöse Strukturen und aggressives Verhalten werden häufig mit ›Beweisfotos‹ bekräftigt, die objektiv betrachtet rein gar nichts beweisen und wiederum nur dann als Beweise taugen, wenn die Rezipienten ohnehin an die ›Bettelmafia‹ glauben. Die Fotos tragen ebenfalls zur Kriminalisierung bei und stellen bettelnde Menschen als Bedrohung dar. Wie in einem Artikel aus *Heute* mit dem Titel »Nach Prügellattache durch Bettler (22) – Mehr Polizisten für Kremser Innenstadt«²⁶, dort sind zwei Fotos zu sehen. Das größere Foto zeigt einen jungen Mann mit Krücke, der die bettelnde Person aus dem Artikel darstellen soll. Auf dem kleineren Bild wird ein Polizist in überwachender Pose gezeigt, die Aufschrift »POLIZEI« auf seiner Dienstkleidung ist deutlich zu sehen. Fotos mit bettelnden Personen und PolizistInnen sind sehr häufig, die beiden Personengruppen werden dadurch als zusammengehörig dargestellt. Auf diese Weise verbreitet sich das Bild von bettelnden Menschen als Sicherheitsproblem, obwohl diese keine Gefahr darstellen. Das subjektive Sicherheitsgefühl spielt hier eine wichtige Rolle: Es ist weniger von objektiv nachweisbaren Risiken als vielmehr von intra- und intersubjektiven Prozessen bestimmt. Studien haben gezeigt, dass sich dieses Gefühl der Unsicherheit sogar konträr zur tatsächlichen Sicherheitslage entwickeln kann.²⁷ Bettelnde Menschen lösen bei vielen Menschen ein Gefühl der Verunsicherung aus obwohl sie keine objektive Gefahr darstellen. Dies kann als politische Strategie gewertet werden, um Zustimmung für die Vertreibung aus dem öffentlichen Raum zu bekommen.²⁸ Der hetzerische Mediendiskurs, der bettelnde Menschen als Gefährdung der Sicherheit darstellt, legitimiert damit das ordnungspolitische Einschreiten gegen diese ›Gefahr‹.

Medien machen Politik

Regelrechte Kampagnen gegen bettelnde Menschen betrieb die *Kronen Zeitung* 2014 in ihren Landesausgaben, zunächst in der Steiermark und in Salzburg²⁹, im Mai auch in Oberösterreich. Auf das Titelblatt mit der Schlagzeile »Linz verkommt zur Bettler-Hauptstadt« folgten sieben weitere Titelblätter, die Bettelnde als Bedrohung, Störung und Schande beschrieben und die Politik zum Handeln aufforderten. Nach der fünften Schlagzeile kam es überrigens zu einem typischen Fall des oben beschriebenen »Man sieht, was man weiß«-Phänomens: Als ein Linzer beim Einkaufen seine Geldbörse vermisste, kamen er und die Polizei zu dem Schluss, dass diese von einem bettelnden Kind gestohlen wurde, was prompt zur nächsten

Schlagzeile führte: »Bettler-Kind als Taschendieb in Linz«, wobei noch betont werden musste, dass »Bettler-Bosse« das Kind zum Stehlen ausgeschickt hätten.³⁰ Dass der angeblich Bestohlene seine Geldbörse nur verlegt hatte und die Anzeige zurückzog, wurde erst Tage später kleinlaut zugegeben.

Trotz offensichtlicher Lügengeschichten hatte der mediale Druck auf die PolitikerInnen in diesem Fall direkte Auswirkungen auf die Landesgesetzgebung. Der Landtag beschloss im Juli 2014 eine Verschärfung des Bettelverbotes durch die Erweiterung um den Tatbestand des »gewerbsmäßigen Bettelns« und die Einführung einer »Bettlerkartei«.³¹

Mediale Darstellung, politisches Handeln und die subjektive Wahrnehmung von bettelnden Menschen sind eng miteinander verschränkt. PolitikerInnen machen über die Medien Stimmung gegen bettelnde Menschen und verbreiten Falschinformation, um mit ihren billigen Lösungen – meist Bettelverboten – auf Stimmenfang zu gehen. Auf der anderen Seite gibt es mit der *Kronen Zeitung* ein Medium, welches mit gezielten Hetzkampagnen Druck auf die Politik ausübt. Dies verursacht ein Bild bettelnder Menschen, welches sie massiv diffamiert und in die Nähe der Kriminalität rückt. Dieses Bild kann als Voraussetzung dafür angesehen werden, dass so breite Teile der Gesellschaft unmenschliche und rechtswidrige Maßnahmen – die Bettelverbote und ihre praktische Umsetzung – gutheißen.

Martina Kempf-Giefing, *Ferdinand Koller* und *Peter A. Kroboth* sind in der Initiative *BettelLobbyWien* aktiv und setzen sich für die Verbesserung der Lebenssituation bettelnder Menschen ein. Die *BettelLobbyWien* wurde 2014 mit dem Preis für die Wahrung und Erhaltung der Menschenrechte ausgezeichnet. Mehr Informationen auf: <https://bettelobbywien.wordpress.com>.

30

Kronen Zeitung Oberösterreich, 23.5.2014.

31

Oberösterreichisches Polizeistrafgesetz Novelle 2014, LGBl. 66/2014.